



II—3107 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Zl.143.110/65-I/4/77

Wien, am 20. Dezember 1977

An den

Präsidenten
des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament
1010 W i e n

1431/AB

1977-12-23

zu 1434/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat VETTER und Genossen haben am 3. November 1977 unter der Nr. 1434/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

Wie bekannt ist, haben vor dem Sommer im Rahmen der OECD Beratungen über die Lagerung von Atommüll auf dem Meeresboden stattgefunden. Schon seit einer Reihe von Jahren wird schwach- und mittelaktiver Abfall im Meer versenkt, wobei sich die überwiegende Anzahl der OECD-Mitglieder an dieser Praxis beteiligt. Nach Meinung maßgeblicher Experten ist diese Art von Lagerung nicht schädlich.

Die Bundesregierung behauptet, alle internationalen Möglichkeiten der Entsorgung von radioaktivem Material auszuschöpfen. Entgegen dieser Erklärung hat sich jedoch

- 2 -

Österreich in dieser Frage der überwiegenden Mehrheit der OECD-Staaten nicht angeschlossen, und begibt sich dadurch der Chance, sich an der Endlagerung von strahlendem Abfall wie die übrigen Teilnehmerländer der OECD mitzubeteiligen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- "1. Welche Gründe sind in diesem Fall für die Haltung der österreichischen Bundesregierung maßgeblich?
2. Warum glaubt die österreichische Bundesregierung auf eine für Österreich durchaus nützliche Lagerung von radioaktivem Material auf dem Meeresboden verzichten zu können?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Die Anfrage bezieht sich offensichtlich auf den OECD-Ratsbeschuß C(77)115 Final vom 22. Juli 1977 betreffend Einrichtung eines multilateralen Konsultations- und Überwachungsmechanismus für die Versenkung radioaktiven Abfalles in das Meer.

Zu Frage 1 :

Im Verlaufe der Beratungen zur Herbeiführung dieses Ratsbeschlusses haben sich mehrere Länder grundsätzlich gegen diese Form der Abfallbeseitigung ausgesprochen. Es handelt sich hierbei um Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Italien und Portugal. Eine vorsichtige Haltung nahmen außerdem die Delegierten Kanadas und der EG - letzterer unter Hinweis auf die Meinung der technischen Dienste dieser Organisation - ein.

- 3 -

Das war auch mit Anlaß, in der Präambel dieses Ratsbeschlusses einen diesbezüglichen Hinweis aufzunehmen, aus dem im übrigen auch hervorgeht, daß nichts in dieser Ratsentscheidung im Sinne einer Ermutigung zu einer Versenkung radioaktiver Abfälle interpretiert werden soll.

Österreich hat sich der ablehnenden Haltung dieser Länder gegen die Meeresversenkung angeschlossen.

Zu Frage 2 :

Österreich glaubt, daß im Hinblick auf die derzeitigen, auf dem Gebiete der Beseitigung radioaktiver Abfälle unternommenen Anstrengungen sicherere Methoden der Abfallagerung gefunden werden können.

